Kräfte: Unsere Auffassung geht dahin, daß die Staatspersönlichkeit entsteht und in der Lage ist, rechtsverbindliche Erklärungen über die Grundlage ihres Daseins abzugeben, sobald irgendein zur Vertretung oder als Sprachrohr geeigneter Vertretungskörper als Ausdruck des ungezweifelhaften Willens der überwiegenden Mehrheit des betreffenden Volkes den Entschluß zur Selbständigkeit und zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts kundgibt. Hierbei wies v. Kühlmann auf die Beispiele Finnlands und der Ukraine hin, die sich im Sinne der deutscherseits entwickelten Grundsätze konstituiert hätten und denen die Petersburger Regierung die Selbständigkeit zuerkannt habe.

Demgegenüber bemerkte Herr Trotzki: Was Finnland betrifft, so ist es nicht behauptet von fremden Truppen. Der Wille des finnländischen Volkes hat sich in einer Art und Weise geäußert, die als demokratisch bezeichnet werden kann und muß. Von unserer Seite konnte nicht die leiseste Einwendung dagegen erhoben werden, daß der geäußerte Wille des finnländischen Volkes auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird. Was die Ukraine anbetrifft, so ist dort der Prozeß einer derartigen demokratischen Selbstbestimmung noch nicht durchgeführt. Da aber die Ukraine andererseits nicht belegt ist von ausländischen Truppen und da die Räumung des ukrainischen Gebietes durch die russischen Truppen keinerlei Schwierigkeiten bereiten kann, so sehen wir keinerlei Hindernis darin, daß die Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes auf dem Wege der Anerkennung der unabhängigen ukrainischen Republik erfolgt.

Das Ergebnis der beiderseitigen Ausführungen über diesen Punkt wurde vom Staatssekretär v. Kühlmann folgendermaßen zusammengefaßt:

Herr Trotzki hat vorgeschlagen Errichtung von Vertretungskörpern, denen die Organisation über die Feststellung derjenigen Nationalitäten übertragen werden soll, unter welchen von uns einstweilen theoretisch konstruierte Volksabstimmungen oder Volkskundgebungen auf breiterer Basis erfolgen sollen, während wir auf dem Standpunkte stehen und stehen bleiben müssen, daß mangels anderer Vertretungskörper die vorhandenen und historisch gewordenen Vertretungskörper prädestiniert der Ausdruck des Volkswillens sind, besonders in der einen vitalen Frage des Willens der Nation, eine Nation zu sein.

In der sich hieran anschließenden Debatte über den Charakter und die Bedeutung der in den besetzten Gebieten fungierenden Vertretungskörper wiesen Staatssekretär v. Kühlmann und Minister des Aeußeren Graf Czernin darauf hin, daß nach ihren Eindrücken bei der russischen Delegation während der im Dezember stattgefundenen Verhandlungen die Neigung vorhanden gewesen sei, die in den besetzten Gebieten bestehenden Volksvertretungen als de facto-Vertretungen anzuerkennen und zu präsumieren, daß ihre Beschlüsse als solche den Willen der betreffenden Völker zum Ausdruck brächten. Man habe sich damals dahin verstanden, daß in einer solchen provisorischen Lösung der Frage, welches der Wunsch der betreffenden Völker hinsichtlich ihrer staatlichen Zugehörigkeit sei, ein großer Schritt zu gemeinsamen Ziele gemacht werden könnte. Herr Joffe, welcher die damaligen Besprechungen führte, erwiderte hierauf, er habe stets die Notwendigkeit betont, die Volksabstimmung in Abwesenheit der okkupierenden Truppen durchzuführen, doch wolle er nicht in Abrede stellen, daß er gesprächsweise erklärt habe, die in einzelnen Teilen Rußlands bestehenden Organe könnten für die Begründung der Notwendigkeit einer Volksabstimmung allerdings eine gewisse Rolle spielen.

Anschließend hieran bemerkte Herr Trotzki, daß die Willensäußerungen solcher Landtage allerdings große politische Bedeutung besäßen. Er wolle den Teil der Bevölkerung eines Landes von der Willensäußerung nicht ausschließen, der auf den Landtagen vertreten sei.

Zusammenfassend stellte Staatssekretär v. Kühlmann fest, daß sich aus den Ausführungen des Herrn Trotzki zu ergeben scheine, er wäre bereit, die in den besetzten Gebieten vorhandenen Organe der Volksvertretung als provisorische Organe anzuerkennen, wenn diese Landesteile nicht militärisch besetzt wären, und er würde ihnen dann auch die Befugnis zuerkennen, das von ihm geforderte Referendum durchzuführen.

Eine Kriegsrede Pichons — Unstimmigkeiten im Ententelager.

Zu einer sehr stürmischen Sitzung kam es am Freitag in der französischen Kammer. Die Sozialisten hatten die Regierung wegen der Verweigerung der Pässe für Petersburg interpelliert. Sie begründeten ihre Forderung nach Pässen für Petersburg, indem sie ausführten, es sei ihre Absicht gewesen, die Maximalisten von ihren mannigfachen Irrtümern zurückkommen zu lassen. Auf die sozialistische Interpellation antwortete Pichon. Er erklärte zwar rein theoretisch, er habe nichts dagegen, daß zwischen den russischen und französischen Sozialisten Beziehungen angeknüpft würden, lehnte es aber entschieden ab, zu gestatten, daß sich die französischen Sozialisten mit der maximalistischen Regierung einließen. Ebenso erklärte er sich scharf gegen jeden Gedanken einer internationalen Arbeiterkonferenz. Pichon ging dann in seiner Rede auf die Kriegszielfrage ein und sucht es so darzustellen, als wenn zwischen den Verbündeten in den Kriegszielen eine vollkommene Uebereinstimmung herrschte. Dabei stieß er jedoch auf entschiedenen Widerspruch bei der sozialistischen Opposition. Von dieser wurde gefordert, daß die Alliierten eine gemeinsame Erklärung über die Kriegsziele abgeben. Pichon mußte dabei zugestehen, daß England und Italien sich geweigert hätten, eine gemeinsame Erklärung über die Kriegsziele abzugeben. Von den Sozialisten wurde stürmisch verlangt, daß Pichon die Antworten, die er von den Ententemächten erhalten hätte, verlesen solle, was dieser entschieden ablehnte.

Die Vertrauenstagesordnung für die französische Regierung wurde zwar schließlich angenommen, aber die starke Opposition, die in der Debatte und dann bei der Abstimmung hervorgetreten ist, zeigt doch, daß der Widerstand gegen die Kriegspolitik der gegenwärtigen französischen Regierung sehr stark ist. Es geht ferner aus den Vorgängen in der französischen Kammer hervor, daß zwischen den Ententestaaten über die Kriegspolitik und die Kriegsziele Unstimmigkeiten herrschen. Darüber, über welche Punkte zwischen den Staaten Meinungsverschiedenheiten entstanden sind, läßt sich freilich nichts Bestimmtes sagen. Immerhin muß man nach den Vorgängen in der französischen Kammer mit der Möglichkeit rechnen, daß Wilson, dessen letzte Rede ja mancherlei Deutungen zuließ, mit den von den französischen, englischen und italienischen Staatsmännern aufgestellten Zielen nicht völlig einverstanden ist. Sind aber solche Unstimmigkeiten vorhanden, so dürften sie darauf zurückzuführen sein, daß man auch im Ententelager immer mehr anfängt, einzusehen, daß auf eine Niederwerfung Deutschlands nicht mehr zu rechnen ist und daß dort auch bei den leitenden Persönlichkeiten die Ansicht an Boden gewinnt, der Krieg könnte nur durch einen Verständigungsfrieden mit Deutschland beendet werden. Das deutsche Volk könnte es nur begrüßen, wenn die nächsten Wochen uns zeigten, daß die hier ausgesprochene Vermutung richtig ist. Jedenfalls gilt es alles daranzusetzen, damit nicht bei uns wieder die Anhänger des Gewaltfriedens die Oberhand gewinnen und dadurch jede Aussicht auf baldige Beendigung des Kriegs schwindet.

•

Pichon über die französischen Kriegsziele.

Pichon führte unter anderem aus:

Ich war betroffen durch die Stelle in der sozialistischen Erklärung, welche von mir am 31. Dezember verlesen worden ist und in welcher man uns der Unthätigkeit bezichtigt gegenüber der Tatkraft unserer Gegner. Aber auf meine Erklärung folgte diejenigen Lloyd Georges und Wilsons, Orlandos und Balfours. Man will jetzt entgegenwirken, aber sieht man hinsichtlich dessen, wofür wir kämpfen, einen Zwiespalt? Für einen gerechten und dauerhaften Frieden sind drei Bedingungen erforderlich: die heilige Art der Achtung vor Verträgen, eine Gebietsregelung, welche sich auf das Recht der Völker, über sich zu verfügen, gründet und endlich Einschränkung der Rüstungen. Das ist unser Programm, welches Lloyd George gelegt hat. Also die Gesellschaft der Nationen anbetrifft, so kann der Sieg allein sie wirklich schaffen. Das hat Lloyd George erklärt und das ist auch unser Programm.

Pichon fuhr fort: „Auch Wilson bestätigt, daß zwischen den von ihm und den Alliierten aufgestellten Grundsätzen kein Unterschied besteht. Wilson verlangt die Aufhebung der wirtschaftlichen Schranken, Räumung der russischen Gebietsteile, Räumung der unseren, Wiederherstellung Belgiens, Montenegros und Serbiens und

Wiedergutmachung des Frankreich im Jahre 1871 verursachten Schadens.

Das war die Stelle in den Erklärungen des Präsidenten, die den lautesten Beifall fand. Alle Tribünen, die ganze Versammlung brachen in Beifallskundgebungen aus. (Lebhafter Beifall.) Diese Erklärungen, die nach der Lloyd Georges kamen, verleihen unseren Forderungen einen weltumfassenden Charakter. Das wir wollen, ist Friede und Gerechtigkeit, geheiligt durch die Wiederherstellung des im Jahre 1871 verletzten Rechtes, die höher steht als alle heuchlerischen Volksabstimmungen. Alle Erklärungen der Alliierten stimmen überein. Freilich sind sie nicht gleich in der Form, aber sie sind es in der Sache.

Albert Thomas beschuldigte uns, wir hätten es an Initiative fehlen lassen. Er verkannte mich. Ich habe meine Rede vom 27. Dezember am folgenden Tage unseren Alliierten telegraphiert, um sie zu fragen, ob es nicht angemessen wäre, verabredete Erklärungen abzugeben. Die Frage wurde verneint. Unsere Alliierten waren einstimmig der Meinung, daß es vorzuziehen sei, gesonderte Erklärungen abzugeben, da es im Grunde keine Meinungsverschiedenheiten gebe.“

Auf die Aufforderung Moutets, die Antworten zu verlesen, erwiderte Pichon: „Ich weiß nicht, welcher Art die künftige Diplomatie sein wird. Ich lebe mit der gegenwärtigen Diplomatie und versichere, ich würde niemals darein willigen, unsere diplomatischen Verhandlungen der Oeffentlichkeit auszuliefern“. (Lebhafter Beifall auf der Linken, im Zentrum und auf der Rechten.)

Nach der Rede Pichons nahm die Kammer mit 397 gegen 145 Stimmen eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Die Minderheit umfaßt 86 Geeinigte Sozialisten, 23 sozialistische Radikale, 3 sozialistische Republikaner und 2 Unabhängige.

•

Die Kammerdebatte über die Rede.

Genf, 12. Januar.

Zur richtigen Einschätzung der gestrigen Kammersitzung muß man sich gegenwärtig halten, daß die 145 Abgeordneten, die der Regierung das Vertrauen verweigerten, keineswegs nach vorgefaßten Parteientschließungen handelten, sondern sich lediglich von den nach Inhalt und Ton überraschend schroffen Erklärungen Pichons leiten ließen. Der Sozialist Mayeras als erster Oppositionsredner erinnerte nach dem Kammerbericht des Lyoner Progrès daran, daß die Reden Lloyd Georges und Wilsons eine nicht mißzuverstehende Entkräftung des allzu lange als Ententeprogramm ausgegebenen Leitsatzes, Deutschland müsse auf die Knie gezwungen werden, anzusehen sei. Heute stelle sich die Frage so, daß zwischen Wilsons Auffassung der gegenwärtigen Lage in Rußland und der von der französischen Regierung beobachteten ein kaum zu überbrückender Zwiespalt herrsche. Aus Wilsons Botschaft hob der Redner die Sätze über die Freiheit der Meere und die Einschränkung der Rüstungen hervor. Eine Revision der Kriegsziele sei unabweisbar. Das Problem Elsaß-Lothringen gehöre zu den internationalen Fragen. Der Redner schloß mit dem Hinweis auf die erschreckenden Ziffern in der französischen Bevölkerungsstatistik. „Wir haben zu fürchten, daß in Frankreich bald die Ruhe der Gräber herrschen wird. Dieses Moment ist eines der wichtigsten für die baldige Wiederherstellung des Friedens.“

Der Sozialist Marcel Cachin begründete das Verlangen seiner Partei nach Pässen für Petersburg mit dem Mangel an genauen Informationen über die Vorgänge in Großrußland, Finnland und der Ukraine. Noch sei nicht alles verloren, es gelte, die Maximalisten von ihren mannigfachen Irrtümern zurückkommen zu lassen. Dies sei keine unmögliche Aufgabe. Während der darauf folgenden Rede Pichons protestierte die äußerste Linke wiederholt, das erstemal bei dem Satze, daß Frankreich es niemals an der redlichen Unterstützung der russischen Regierung habe fehlen lassen, dann bei Bekanntgabe der Tatsache, daß England und Italien sich geweigert hätten, eine gemeinsame Erklärung über die Kriegsziele zu erlassen. Moutet rief: „Lesen Sie uns doch die einzelnen Antworten vor!“ Pichon: „Nein, nein und nochmals nein! Das widerspricht gegen allen diplomatischen Gebrauch verstoßen. Solche Indiskretion könnte sogar unsere Beziehungen zu den Verbündeten beeinträchtigen. Was liegt auch an der Form einer gemeinsamen Erklärung? Die Hauptsache ist, daß wir den Sieg erringen. Wir müssen unsere Verpflichtungen gegenüber Belgien, Italien, Serbien und Rumänien erfüllen.“ Moutet: „Wir nehmen diese Verpflichtungen nicht!“ Pichon: „Wir haben unterschrieben, wir müssen einer den anderen unterstützen!“

Renaudel schließt seine Ansprache mit dem Hinweis auf die beherzenswerten Leitsätze der Botschaft Wilsons. Er erklärte die baldige Konferenz der Entente zur Abfassung einer gemeinsamen Erklärung der Kriegsziele für durchaus notwendig. Pichon sprach sich gegen eine in diesem Sinne von Renaudel vorgeschlagene Tagesordnung aus. Augagneur nahm die Regierung gegen die Angriffe der Sozialisten in Schutz. Seine Worte werden häufig von den äußersten Zurufen der Sozialisten unterbrochen. Augagneur bedauerte dann den Mangel des verminderten Lärms, um den Sozialisten zuzurufen: „Ihr seid auch wie die Opfer einer Illusion. Ihr [illegible] hat dafür gesorgt. Dabei bleibt es!“ Moutet erwiderte: „Augagneur läßt uns im Stich, um der Regierung zu dienen, die sich ihm sehr wohlgesinnt gezeigt hat.“ Dalbiez sagte: „Was kümmert uns und die französische Regierung die Anschauung, die Trotzki über Frankreich hat! Davon soll man sich doch nicht beeinflussen lassen, wenn es sich um die wichtigsten Interessen Frankreichs und der Entente handelt.“ Dalbiez erklärte, daß auch einige Radikale gegen die Regierung stimmen werden, weil sie die Notwendigkeit einer Konferenz der Ententestaaten im Augenblick der Friedensverhandlungen in Brest Litowsk bestreite. Unter anhaltender Bewegung wird dann abgestimmt. Zur Annahme gelangte die Tagesordnung Augagneur, die eine energische Fortsetzung des Krieges verlangt, ferner die Wiedergutmachung aller Mißbräuche der Kriegsgewalt. In der Minderheit von 145 Stimmen sind alle linksseitigen Gruppen vertreten. Dalbiez soll, wie die Lyoner Tribüne meldet, beabsichtigen, die radikalsozialistische Partei zu verlassen und eine eigene Gruppe, namentlich aus den unbedingten Anhängern Caillaux' zu bilden.

Enttäuschung und Erbitterung über Pichons Rede.

Genf, 14. Januar. Während die nationalistischen französischen Blätter die Rede Pichons nicht genug rühmen können, zeigt die sozialistische Presse Enttäuschung und Erbitterung. Es sei ganz unverständlich, stellt die Humanité fest, wie Pichon nach derartigen Enthüllungen in seiner Philippika gegen die Maximalisten habe die Stirn bieten können, von einer vollkommenen Einigkeit der Entente zu sprechen. Das Journal du peuple sagt: Der Chauvinismus wütet, die verblendete Regierung beharret in ihrem Irrtum.

Frankreich wieder vor einer Kabinettskrise?

Genf, 14. Januar. Die dem Kabinett Clemenceau angehörenden Radikal-Sozialisten sind durch das Ergebnis der gestrigen Kammerdebatten in eine äußerst schwierige Lage geraten, weil ihre einflußreichsten Parteigenossen der Regierung das Vertrauen verweigerten, die ohne die Unterstützung der Konservativen keine Mehrheit besitzen dürfte. Die Umbildung des Kabinetts gilt als wahrscheinlich, wird erst nach der neuen Kammeraussprache über die wachsende Wühlarbeit der Konservativen an und hinter der Front.

Caillaux und Clemenceau.

Genf, 13. Januar. Die Humanité protestiert energisch gegen die bevorstehende Verhaftung Caillaux', dessen Anwesenheit in der Kammer Herrn Clemenceau nur unangenehm sei.

Italienische Befürchtungen.

tu. Die römische Epoca ist der Ansicht, daß die Erklärungen Lloyd Georges, Wilsons und Pichons Italien nicht genügen können. Die Worte Pichons werden von ihr als zu allgemein und als eine Gefahr für Italien erklärt. Das Blatt fragt, ob der Pakt von England eine Aenderung erfahren habe. Italien könne keiner Auslegung der Kriegsziele zustimmen, die für es allgemein zum Schaden sind.

Bern, 11. Januar. Corriere della Sera schreibt zu der Botschaft Wilsons: Wenn die Ausführungen Lloyd Georges wohl den Anfang einer Klärung in den gegenständlichen politischen Strömungen einleiten, wird die Botschaft Wilsons wahrscheinlich die entgegengesetzte Wirkung ausüben. Wilson hat sich hinsichtlich der italienischen Bestrebungen noch einschränkender ausgesprochen als Lloyd George, so daß man fast glauben möchte, die slawischen Ansprüche würden wahrscheinlich zum Schaden Italiens unterstützt.

•

Die Haltung des Vatikans.

Osservatore Romano stellt in einem Artikel seines Direktors unter Bezugnahme auf die Behauptung gewisser Blätter, der Heilige Stuhl beabsichtige, dem Kriege gegenüber eine veränderte Stellung einzunehmen, fest, daß der Heilige Stuhl nicht beabsichtige, von der Richtlinie der völligen und strengen Unparteilichkeit abzugehen, die seit Kriegsbeginn innegehalten wurde, und daß er dies auch nicht angesichts der jüngsten diplomatischen Schritte und Erklärungen Lloyd Georges und Wilsons tun werde.

•

„Die französische Bastille.“

Unter dem Titel „Neue Friedensbriefe“ beginnt Genosse Troelstra in Het Volk eine neue Serie von Aufsätzen zu veröffentlichen, die nicht minder interessant werden dürften, als es seine Stockholmer Briefe waren. Jedenfalls bilden sie ein hochnötiges Gegengewicht gegenüber der einseitig ententistischen Haltung der Redaktion. Der erste der neuen Briefe ist in Het Volk vom 7. Januar veröffentlicht. Troelstra untersucht die Aussichten für Stockholm und verweist zuerst nach Frankreich. Er bezeichnet das Ersuchen der französischen Kammerfraktion um Pässe nach Petersburg zwecks Verhütung eines Sonderfriedens als recht bescheiden, von internationaler Tendenz sei in dem Beschluß der Fraktion keine Spur. Rein nationalistische Ententeziele seien das Motiv. Von Stockholm sei gar keine Rede und den angelangenen Friedensverhandlungen gegenüber verhalte die Fraktion sich abweisend. „Der alte Tiger“ (Clemenceau) fürchtete von einer solchen Reise jedoch einen schlechten Einfluß im Lande wie an der Front. Diese brüske Weigerung bestätigt den Eindruck, den man augenblicklich vom politischen Zustand in Frankreich bekommt: nämlich, daß dort jeder Verfechter eines Verständigungsfriedens ein „homme enchaîné“ (gefesselter Mensch) und Frankreich ein Riesengefängnis geworden ist. Im Juli 1789 stürmte das französische Volk die Bastille. Man möchte schier sagen, daß seit Juli 1917 ganz Frankreich selber zu einer Bastille gemacht worden ist, worin Tausende edler Geister nach Frieden schmachten ...

Troelstra erwähnt dann das Telegramm Hendersons an Huysmans betreffend Protest gegen einen Sonderfrieden und Huysmans Antwort, worin gesagt sei, daß mit solchen Protesten nichts getan sei, sondern daß man den Russen etwas Positives bieten müßte. Und Troelstra fügt hinzu: „Mit Telegrammen à la Henderson kommen wir ebensowenig weiter als mit Audienzen bei Clemenceau und Lloyd George. Die französischen Sozialisten müssen die Bastille stürmen, Clemenceau und Lloyd George müssen fort; solange das nicht geschieht, ist es nutzlos, über Stockholm zu reden.“

Der U-Bootskrieg.

Berlin, 12. Januar. (Amtlich.) Neue U-Booterfolge im westlichen Teile des Sperrgebiets um England 19 000 Brutto-Register-Tonnen.

In kühnem und geschickt durchgeführten Angriff schossen eines der U-Boote unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung vier große Dampfer aus starkgesicherten Geleitzügen heraus. Bei einem nächtlichen Angriff auf einen starken Geleitzug gelang es dem U-Boot durch schneidigen Rammangriff einen feindlichen U-Bootszerstörer derart zu beschädigen, daß dessen Verlust mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist. Das U-Boot nahm hierbei außer einer leichten Beschädigung am Bug keinerlei Schaden.

Berlin, 11. Januar. Bei starker Bewachung und unter stärkster Gegenwirkung, die vielfach auch durch feindliche Luftstreitkräfte ausgeübt wurde, versenkten unsere U-Boote im Aermel-Kanal und an der englischen Ostküste 5 große

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180114/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG